

Antworten von Simon Pschorr

Frage 1, Spiegelstrich 1

DIE LINKE setzt sich für eine Bürgerversicherung ein. In diese Versicherung sollen alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen, unabhängig davon, ob sie ihr Geld durch Arbeit, Selbständigkeit oder im Beamtenverhältnis verdienen. Auch Parlamentarierinnen und Parlamentarier sollen in die Versicherung integriert werden. Darüber hinaus fordern wir die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Starke Einkommen sollen im Vollbetrag an der Finanzierung des Rentensystems teilhaben.

Frage 1, Spiegelstrich 2

Prekäre Arbeitsverhältnisse sind heute für etwa 30 % der deutschen Arbeitsbevölkerung an der Tagesordnung. Teilweise können wir rechtlich entgegensteuern: Leiharbeit und sachgrundlose Befristung werden heute als Umgehung von Kündigungsschutz ausgenutzt. Dem wollen wir einen Riegel vorschieben. Ein rechtlicher Rahmen für arbeitsplatzersetzende Werkverträge muss her. Schließlich verhindert ein lebensgerechter Mindestlohn von 12 €/Std., dass Menschen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, im Alter in Armut leben müssen. Aber es gibt in diesem Bereich auch Vollzugsdefizite, die wir beseitigen müssen. Beispielsweise werden in vielen Branchen, die 450 €-Kräfte beschäftigen, die rechtlichen Rahmenbedingungen der Arbeit nicht eingehalten, z.B. kein Urlaub gewährt, keine Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall geleistet etc. Der zuständige Zoll ist personell unterversorgt und mit dem Stempeln von Ausfuhrscheinen beschäftigt. Wenn wir die Zollbegünstigung der Schweizer Kundschaft abschaffen, dann bleibt wieder mehr Kapazität, um sich um wirklich wichtige Dinge zu kümmern.

Frage 2, Spiegelstrich 1

Unser Ziel ist es, Mieterinnen und Mieter finanziell zu entlasten. Als Zielgröße möchten wir erreichen, dass jeder und jede maximal 33% des eigenen Einkommens für Wohnen ausgeben muss. In den letzten Jahren wird – insbesondere hier in Konstanz – deutlich, dass staatliche Förderung günstiges Wohnen nicht stärkt, sondern dementsprechend Großspekulanten auch noch unter die Arme greift. DIE LINKE setzt sich dafür ein, Wohnen und Bauen wieder zurück in Staatshand zu bringen. Wenn wir über kommunale Wohnungsbaugesellschaften und landeseigene Bauprogramme die öffentliche Kontrolle über die Gebäude bewahren, können wir den Marktpreis steuern und insgesamt reduzieren.

Frage 2, Spiegelstrich 2

Nachverdichtung ist ein notwendiges Übel, das soziale Isolation zur Folge haben kann. Gerade ältere Menschen werden dadurch manchmal vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Aber: Durch sinnvolle Stadtplanung kann dem entgegengewirkt werden. Ich setze mich deshalb für Quartierszentren ein. Wir brauchen keine Schlafsiedlungen, in denen quartiersweit nur gewohnt, aber nicht gelebt wird! Für mich ist es zentral, Anlaufpunkte in den Städten zu schaffen, in denen Menschen zusammentreffen können, auch ohne in den Stadtkern zu fahren. Darüber hinaus stärkt DIE LINKE soziales Engagement und gelebte Solidarität. Ein generationenübergreifendes Kennenlernen auch ohne Familienbande ist für alle bereichernd.

Frage 2, Spiegelstrich 3

Modernes Wohnen im Alter, wie beispielsweise Wohngemeinschaften, ambulante Pflege und Mehrgenerationenhäuser stärken die Selbstständigkeit von älteren Menschen! Diese

Wohnmöglichkeiten sind gut, insbesondere für einen Übergangszeitraum. Häufig muss man sich innerhalb eines solchen Hauses oder einer solchen Wohngemeinschaft miteinander arrangieren; das kann hart sein, ist aber doch ein gelebter Ausdruck von Füreinander-Einstehen. Für den, der WG-Leben nicht erträgt, bleibt nur die Alternative häuslicher Pflege und diese ist sehr teuer. Auch nach der Veränderung der Pflegesätze auf „Pflegegrade“ ist diese Finanzierungsproblematik nicht verschwunden. Wir müssen einen gemeinsamen Weg finden, wie Pflege in Würde – in oder außerhalb von Pflegeheimen – in Zukunft für jeden zahlbar ist.

Frage 3, Spiegelstrich 1 und 2

Der Pflegepersonalmangel, besonders im Raum Konstanz, ist nicht vom Himmel gefallen. Zwei tragende Gründe haben ihn verursacht: 1. ist die Bezahlung katastrophal. Dieser Knochenjob wird noch heute, als typischer Frauenberuf, abgrundtief niedrig entlohnt. Wer will schon für 10,55 € (ab Januar 2018) seine Gesundheit ruinieren? Wir fordern einen Pflegemindestlohn von 14,50 €. 2. sind Arbeitszeiten, Arbeitsbelastung und arbeitsmedizinische Risiken in dieser Berufssparte gewaltig. Das lässt sich nur mit mehr Personal korrigieren. Wir wollen, insbesondere in größeren Pflegeeinrichtungen, einen gesetzlichen Personalschlüssel einführen, um die schwere Arbeit auf viele Schultern zu verteilen. Durch die effektive Durchsetzung von Arbeitszeitrecht und die Stärkung von Betriebsräten und Personalräten wollen wir die Kontrolle gesetzlicher Arbeitsschutzvorgaben und Mindestlohngarantien erreichen. Dann werden wir auch wieder mit den Schweizer Arbeitsbedingungen konkurrieren können.

Frage 3, Spiegelstrich 3

DIE LINKE will, dass Pflege ein Recht für jedermann wird. Aber: Allein das Gießen in einen Rechtsanspruch garantiert noch nicht dessen Erfüllung – wie man an den KITAS gut erkennen kann. Wir wollen nicht, dass das Recht auf Pflege zu einem Spielball von Justiz und Anwälten wird und nur die Bestbetuchten, die das Geld für einen langen Rechtsstreit haben, am Ende einen Pflegeplatz bekommen. Für die Kurzzeitpflege stellt sich dies etwas anders dar, nachdem hier schnell und kurzfristig Leistungen bereitgestellt werden müssten. Hier möchte ich gerne zusammen mit Ihnen über einen Rechtsanspruch nachdenken. Unser Ziel ist es, so viele Pflegeplätze zur Verfügung zu stellen, dass es einer rechtlichen Regelung nicht bedarf. Dazu brauchen wir eine gute Ausbildung in der Pflege, die wir tatsächlich nur sichern können, wenn wir als Solidargemeinschaft in den nächsten Jahrzehnten hier finanziell nachhelfen – d.h. bei der Ausbildung mit Steuermitteln und auf Ebene der Pflegeversicherung mit Nachsteuerung der Pflegesätze.

Frage 4

Eine erhöhte Polizeipräsenz löst nicht alle Probleme – Polizisten und Polizistinnen auf den Straßen mögen einen Eindruck größerer Sicherheit schaffen, machen aber eine „ständige Bedrohung“ immer wieder bewusst, sodass das Sicherheitsgefühl hierdurch nicht unbedingt verbessert wird. Tatsächlich ist Deutschland ein sicheres Land mit niedriger Kriminalitätsrate und im internationalen wie historischen Vergleich verschwindend wenigen terroristischen Anschlägen. Trotzdem ist es für uns klar: Die Polizei in Deutschland ist personell unterversorgt. Teilweise lassen sich Streifendienstaufgaben nicht mehr erfüllen, insbesondere, wenn zeitgleich große Fußballspiele, Demonstrationen oder politische Großveranstaltungen wie der G20-Gipfel stattfinden. Wir wollen eine Personaloffensive im öffentlichen Dienst, auch bei der Polizei. Was den Verfassungsschutz angeht ist meine Haltung klar: Abschaffen. Diese Institution garantiert nicht etwa den Bestand unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern untergräbt sie durch Unterstützung rechtsradikaler Bewegungen! Der Verfassungsschutz kann auch bei der Terrorbekämpfung nur ein Register des Scheiterns vorweisen. Die Struktur ist ineffizient und gehört beseitigt. Stattdessen müssen wir den ordentlichen Polizeien, insbesondere der Bundespolizei, die Aufgabe der

Inlandssicherung übertragen. Die Polizei entwickelt im Gegensatz zum Verfassungsschutz kein Eigenleben. Auch spricht nichts gegen Polizeizusammenarbeit auf EU-Ebene. Ich sehe es allerdings sehr kritisch, wenn dies bedeutet, dass wir uns illegaler Überwachungserkenntnisse beispielsweise der Britischen Geheimdienste bedienen. Der Bruch unverbrüchlicher Bürgerrechte ist der Tod der Freiheit – und das mit Sicherheit.

Frage 5 und Frage 6 Spiegelstrich 1

Europa ist das Integrationsprojekt des europäischen Kontinents schlechthin! Wir dürfen nicht zulassen, dass es verkümmert. Aber dafür müssen wir es reformieren: Europa ist als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet worden und eröffnet für Wirtschaftsakteure gewaltige Freiheiten. Diese Freiheiten sind kaum rechtlich und insbesondere sozial eingehegt. Lohndumping, Steuerflucht und Auslagerung sind die Folge. Ich will ein neues, soziales Europa! Wir brauchen Gesetzgebungskompetenzen für Arbeitsmarkt, Steuern und Soziales auf europäischer Ebene. Einem gemeinsamen Markt müssen wir eine gemeinsame Lebenswelt entgegensetzen, damit wir in Europa nicht nur grenzüberschreitend einkaufen, sondern auch grenzüberschreitend von gemeinsamem Wohlstand profitieren können. Ein gemeinsamer sozialer Lebensraum würde zugleich die großen wirtschaftlichen Brüche zwischen den Mitgliedsstaaten beenden und zu einer tatsächlichen sozialen Integration führen. Das würde den rechten Bewegungen den Wind aus den Segeln nehmen: Die Einen können nicht mehr sagen, dass die anderen die Nation ausbeuten, während unsere Rechtsradikalen wie beispielsweise die AfD nicht mehr behaupten könnten, andere Staaten würden bei Deutschland schmarotzen. Schließlich ist dies meines Erachtens der beste Beitrag zu einem stabilen Euro: Ohne das wirtschaftliche Auseinanderdriften der südlichen Länder weg von einem Außenhandelsüberschuss-Deutschland gäbe es auch keinen Anlass für Schuldenkrise und Währungsverfall.

Frage 6, Spiegelstrich 2

Die Problematik des Sparens in Zeiten von Niedrigzinsen ist ein großes Problem. Wäre ich Anlageberater und nicht studierter Jurist, könnte ich womöglich ein ideales Anlagesystem mit perfekten Renditen präsentieren – wahlweise auf dem Aktienmarkt, in Drittstaaten außerhalb der Union oder in irgendwelchen Rohstoffspekulationsgeschäften. Alles keine sozial verträglichen Alternativen! Momentan ist meines Erachtens die beste Vorsorge, zusammen mit anderen Wohnen zu garantieren. Haben Sie schon einmal über eine Wohngenossenschaft nachgedacht? Wenn zusammen in Wohnbau investiert wird, dann werden heute dringend nötige Mieträume geschaffen und im Alter sind Sie unabhängig von Miete und haben ein sicheres Dach über dem Kopf. In Genossenschaftsmodellen zusammengeschlossen, können Sie und ich Bauvorhaben auch ohne gewaltiges Kapital verwirklichen und es ist zugleich garantiert, dass auch die Allgemeinheit profitiert.

Frage 7

Wir wollen einen barrierefreien öffentlichen Nahverkehr für alle! Dafür müssen wir nicht nur Einiges an der Infrastruktur machen. Die größte Barriere für den öffentlichen Nahverkehr ist immer noch der Preis. Auf lange Sicht setzen wir uns für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr ein – das wäre der größtmögliche Beitrag für eine saubere Umwelt! Inzwischen haben wir mit dem Sozialticket in der Stadt und – dafür setzen wir uns ein – im Kreis Konstanz einen großen Sprung für sozial abgehängte und arme Menschen gemacht. Besonders wichtig ist daneben der Ausbau von öffentlichem Personennahverkehr auf dem „flachen Land“, also außerhalb der meist gut angebundenen Städte. Mit der Privatisierung der Bahn ist hier unfassbar viel kaputtgegangen. Wir müssen die Aufgabe der Personenbeförderung zurück unter staatliche Kontrolle bringen; dann können wir auch endlich die tatsächlich bestehende Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln

stillen. Unser erstes großes Ziel in der Region: Eine anständige Verbindung von Konstanz über Singen nach Stuttgart unter 2 Stunden!